

GRUSSWORT

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

es war sehr schön, beim diesjährigen Neujahrsempfang in Brand so viele Freundinnen und Freunde der CDU Aachen zu treffen. In familiärer Atmosphäre haben wir das neue Jahr begrüßt.

Oberbürgermeister Marcel Philipp gab im Rahmen eines Vortrages zum Thema Wissenschaftsstadt spannende Einblicke in verschiedene Bereiche der exzellenten Forschung und Wissenschaft, die an RWTH und FH gleichermaßen stattfinden und betonte, dass in der Region Aachen eine Menge Potential stecke.

Ein weiteres, ganz besonderes Highlight in diesem Jahr wird sicherlich die Karlspreisverleihung sein. Papst Franziskus wird in Rom für sein Engagement ausgezeichnet und ist durch sein christlich-orientiertes Handeln in vielerlei Hinsicht ein Vorbild.

In den nächsten Tagen ist Aachen aber vor allem eins: In fester närrischer Hand. Viele Jecke in bunten Kostümen werden in der Hochsaison von Fettdonnerstag bis Aschermittwoch die Geister des Winters vertreiben und gleichzeitig die bis Ostern andauernde Fastenzeit einläuten. Dabei hoffen wir alle auf ein friedliches, unbekümmertes und ausgelassenes Treiben!

In diesem Sinne wünsche ich auch Ihnen, dass Sie die 5. Jahreszeit in unserer schönen Stadt genießen können. Oche Alaaf!

Herzliche Grüße

Ihre Ulla Thönnissen MdL



THEMEN

FRAKTION

- » Aachen wehrt sich gegen Tihange - Klage wird geprüft

LAND

- » Aktuelles aus dem Landtag

EUROPA

- » Ein herausforderndes Jahr 2016 liegt vor uns

BUND

- » Wir verurteilen die Ereignisse der Silvesternacht

FRAKTION

Aachen wehrt sich gegen Tihange - Klage wird geprüft

Kurz hinter der deutsch-belgischen Grenze liegt der über vierzig Jahre alte Atomreaktor Tihange. Risse im Reaktor-Druckbehälter, automatische Abschaltungen, Intransparenz, ignorierte Proteste – ich verstehe, dass dies vielen Bürgern Angst macht, nicht nur in Aachen. Doch die belgische Atomaufsichtsbehörde hat die Laufzeit von Tihange trotz der vielen Pannen um rund 10 Jahre verlängert.

Aachener Bürgerinnen und Bürger sowie Politik und Verwaltung sind sich aber einig – Tihange muss endgültig vom Netz genommen werden. Dies haben die Fraktionen des Rates der Stadt Aachen und der Oberbürgermeister in ihrer gemeinsamen Resolution gegen die „Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Tihange“ unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Die darin formulierten Forderungen nach der Vereinbarung eines bilateralen Abkommens mit Belgien für einen möglichen nuklearen Ernstfall sowie nach der Erarbeitung grenzüberschreitender Katastrophenschutzkonzepte richten sich direkt an die Landes- und Bundesregierung.

Das Aachener Bündnis gegen Atomenergie hat viele berechtigte Fragen gestellt, die nun teilweise durch Stadt und Land beantwortet wurden. Bei den restlichen Fragen müssen wir am Ball bleiben.

Neben Informationsveranstaltungen, wie zuletzt in der Aula Carolina, bringen das Bürgerforum und der Umweltausschuss das Thema weiter voran, um die Bedrohung für Aachen zu bannen. Land und Bund sind mittlerweile auf die Probleme in Tihange aufmerksam geworden, wie jüngste Erklärungen der Bundesumweltministerin zeigen. Hier wünschen wir uns noch intensivere und deutlichere

Botschaften an die belgische Seite.

Nach Gesprächen zwischen Oberbürgermeister Marcel Philipp, Städteregionsrat Helmut Etschenberg und den Bürgermeistern der umliegenden Kommunen formiert sich auch an dieser Front breiter Widerstand. Stadt und Städteregion prüfen die Möglichkeit einer Klage. Auch in den Niederlanden tut sich was. Der Rat der Stadt Maastricht hat im Januar beschlossen, dass sie gemeinsam mit Aachen juristische Schritte prüfen und einleiten wollen.

Unsere klare Forderung bleibt: Tihange muss stillgelegt werden. Bis es allerdings soweit ist, müssen Lösungen geschaffen werden, die im Ernstfall die Bevölkerung bestmöglich schützen. Unsere Feuerwehr bereitet sich mit Katastrophenschutzplänen und Übungen auf einen möglichen Notfall vor.

Deutschland hat aus der Katastrophe von Fukushima gelernt, Belgien hat diesen Schritt noch vor sich.

(Iris Lürken, Ratsfrau und stellvertretende Fraktionsvorsitzende)



Aktuelles aus dem Landtag

Innenminister Jäger ist ein Sicherheitsrisiko für NRW

Die furchtbare Orgie sexueller Gewalt in Köln am Silvesterabend hätte nicht passieren dürfen. Der Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden dieses Landes ist immens. Der Staat – und in diesem Fall die Landesregierung – ist für die Sicherheit in unserem Land verantwortlich. Doch wo bleiben bei Den Verantwortlichen das Verständnis und das Gespür für die Betroffenen? Gerade von einer Ministerpräsidentin muss man mehr erwarten. Es ist unbegreiflich, wie die rot-Grüne Landesregierung mit den Vorfällen in Köln umgeht.

Erst verleugnet Minister Jäger seine Verantwortung für die Polizei durch einen unsäglichen Vergleich mit der Gesundheitsministerin und ärztlichem Handeln und nun relativiert die Ministerpräsidentin die Bedeutung einer Entschuldigung. Schlimmer kann das Vertrauen der Bevölkerung in politisches Handeln kaum noch erschüttert werden. Zumal Minister Jäger und die Staatskanzlei schon am 1. Januar über die sexuellen Übergriffe in Köln informiert waren. Wie passt dies mit dem Schweigen der Ministerpräsidentin und der späten Reaktion der Landesregierung zusammen? Warum hat Jäger trotz der Kenntnis dieser und weiterer Meldungen die unzureichende Informationspolitik des Polizeipräsidiums Köln tagelang unkommentiert laufen lassen? Wann und wie ist die Minister-

präsidentin tatsächlich erstmals über diese Vorgänge informiert worden? Von den zahlreichen Fragen der Opposition konnte die Landesregierung auch im Innenausschuss nicht eine einzige zufriedenstellend beantworten. Jägers verzweifelte Versuche einer Flucht nach vorne geraten zunehmend zur Selbstdemontage. Der Minister ist nach den offenkundigen Widersprüchen in seiner Darstellung und Kommunikation nicht mehr glaubwürdig.

Die Fraktionen von CDU und FDP haben deshalb einen gemeinsamen Antrag auf Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Vorfällen in der Kölner Silvesternacht gestellt. Denn: Mit jedem Tag steigt die Zahl der Fragen an die Landesregierung. Innenminister Jäger hat dem Parlament im Rahmen der Sondersitzung des Landtags entscheidende Informationen vorenthalten und gleichzeitig den Eindruck vollständiger Transparenz erwecken wollen.

Ferner hat die CDU einen Antrag gestellt, in dem Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Dadurch können Asylanträge schneller bearbeitet und die Aufenthalte von Antragstellern aus diesen Staaten in Deutschland schneller beendet werden. Dies ist mit Blick auf die extrem geringe Schutzquote und die steigenden Zugangszahlen notwendig.

(Ulla Thönnissen MdL)

Ein herausforderndes Jahr 2016 liegt vor uns

Liebe Leserin, lieber Leser,

zu Beginn des Jahres möchte ich Ihnen gerne meine herzlichen Grüße für das Jahr 2016 senden. Ich wünsche Ihnen Zufriedenheit, Gesundheit und viel Kraft für das neue Jahr!

Das vergangene, sehr ereignisreiche Jahr hat uns leider viele ungelöste Krisen hinterlassen. Die das letzte Jahr prägenden Themen der Flüchtlings- und Migrationsbewegungen, der Terrorismusbedrohung, der Entwicklungen in der Ukraine, der anhaltenden Staatsschuldenkrise sowie der Zunahme rechtspopulistischer Gruppierungen und Parteien in Europa werden uns daher auch 2016 maßgeblich beschäftigen. Zusätzlich wird die Debatte über die Volksabstimmung zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union das kommende Jahr mitbestimmen.

Mit Sorge habe ich in den letzten Wochen auch die umstrittenen Reformvorhaben der neuen polnischen Regierung verfolgt. Zum Jahreswechsel traf es nach dem Verfassungsgericht nun die Medien: Vorstände und Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Sender sollen nach dem im Eilverfahren verabschiedeten Mediengesetz künftig durch die Regierung ernannt werden. Damit stellt das Gesetz eine Maßnahme gegen unsere europäischen Prinzipien und Werte der Freiheit und Meinungsvielfalt der Medien dar. Die Reformen der polnischen Regierung zielen darauf ab, deren Macht auszuweiten. Dabei geht die Regierung mit einer Willkür gegen unsere gemeinsamen Grundwerte vor, die in meinen Augen inakzeptabel ist.

Ich halte es daher auch für richtig, dass der Rechtsstaatsmechanismus der Europäischen Union aktiviert und Polen unter Aufsicht gestellt wurde. In einer ersten Phase untersucht die Europäische Kommission nun, ob systembedingte Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit in Polen vorliegen. Sollte dies der Fall sein und bleibt ein dann aufgenommenen Dialog mit der polnischen Regierung ergebnislos, kann dem Land - im äußersten Fall – das Stimmrecht im Rat entzogen werden.

Die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit ist Voraussetzung für den Schutz unserer gemeinsamen Grundrechte. Ein entsprechend entschlossenes und konsequentes Vorgehen gegenüber Verletzungen des Rechtsstaatslichkeitsprinzips ist daher unabdingbar.

Das Jahr 2016 wird kein leichtes Jahr. Es wird nicht einfach werden, die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Ich hoffe sehr, dass wir in europäischer Gemeinsamkeit und Solidarität jene Entschlossenheit, Stärke und Zuversicht entwickeln können, die Europa jetzt braucht.

Ihre Europaabgeordnete Sabine Verheyen



» Aachen-West**25.02. | 15:00 Uhr**

Bürgersprechstunde mit Ratsfrau Claudia Plum, Begegnungszentrum Hanbruch

» Brand**23.02. | 19:30 Uhr**

Offene Vorstandssitzung in der Gaststätte „Bei Addi“, Hochstr. 26

24.02. | 17:30 - 19:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit Bezirksbürgermeister Peter Tillmanns, Bezirksamt, Paul-Küpper-Platz 1

» Burtscheid**02.02. | 18:30 Uhr**

Politisches Gespräch, Gaststätte „Kapellchen“, Malmedyer Str.

» Eilendorf**20.02. | 9:30 - 11:30 Uhr**

Bürgersprechstunde mit Bezirksbürgermeisterin Elke Eschweiler, Ratsfrau Hildegard Pitz und Oliver Bode aus der StädteRegion, Bezirksamt Eilendorf

» Forst**23.02. | 19:30 Uhr**

Offene Bürgersprechstunde

» Hangeweiher**11.02. | 19:00 Uhr**

Offene Vorstandssitzung, „Ronheider Stuben“, Ronheider Berg 221

» Kaiserplatz**03.02. | 20:00 Uhr**

Bürgersprechstunde und Politischer Stammtisch mit Ratsherrn Markus Schmidt-Ott, Bezirksvertreter Dr. Ralf Otten und Rolf Einmahl (FV im LVR), Im Kolpinghaus, Wilhelmstraße 50

» Laurensberg**01.02. | 17:30 Uhr**

Bürgersprechstunde mit Ratsherrn Alexander Gilson, Bezirksamt Laurensberg

» Markt**23.02. | 19:00 Uhr**

Offene Vorstandssitzung, „Zum goldenen Einhorn“, Markt 33

» Richterich-Horbach**03.02. | 16:00 - 17:00 Uhr**

Bürgersprechstunde, Bezirksamt Richterich

» Stadtgarten**11.02. | 18:30 Uhr**

Bürgersprechstunde mit BM Dr. Margrethe Schmeer, Städteregionstagsmitglied Jutta Lehnen und Andrea Derichs (BV Aachen Mitte, Restaurant „Soers“, Krefelder Str. 86

» Vaalserquartier**Nach Terminvereinbarung**

Sprechstunde mit Ratsherrn Christian Krenkel und Städteregionstagsmitglied Sebastian Exner.

Telefonisch erreichbar:

“Bürgertelefon - der heiße Draht zur CDU Vaalserquartier“, Tel: 0241 89439792

» Junge Union**11.02. | 19:00 Uhr**

Offene Vorstandssitzung und ab 20:00 Uhr Stammtisch in der Gaststätte „Papillon“, Pontstraße 151

» Senioren-Union**17.02. | 10:00 Uhr**

Vorstandssitzung, Karl-Arnold-Haus, Martinstr. 8

24.02. | 15:00 Uhr

Besichtigung der Propsteikirche in Kornelimünster mit Propst Dr. Vienken. Treffpunkt: Korneliusmarkt

» Kreispartei**12.02. | 18:00 Uhr**

Kreisvorstand, Karl-Arnold-Haus, Martinstr. 8

Angabe von Terminen bis zum 11.02.2016 per E-Mail an redaktion@cdu-aachen.de

Wir verurteilen die Ereignisse in der Silvesternacht

Regierungskoalition einigt sich auf rasche rechtliche Konsequenzen

Die Regierungskoalition hat sich nach den Ereignissen in der Silvesternacht in Köln, aber auch in Hamburg, Stuttgart und weiteren Städten in Deutschland, bei denen massive sexuelle Gewalt gegen Frauen durch vor allem junge arabische und nordafrikanische Männer ausgeübt wurde, sehr schnell auf rechtliche Konsequenzen verständigt, die auch rasch in Gesetze umgesetzt werden müssen.

Dazu stellten der Bundesjustizminister Heiko Maas und der Bundesinnenminister Thomas de Maizière gemeinsame Vorschläge vor, um kriminelle Ausländer deutlich schneller auszuweisen. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel begrüßte die Vorschläge der beiden Minister zur schnelleren Ausweisung. Die Vorschläge beinhalten, dass ein Straftäter künftig bereits ausgewiesen werden kann, wenn er zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde oder nicht. Das gelte bei Straftaten gegen das Leben, gegen die körperliche Unversehrtheit, gegen die sexuelle Selbstbestimmung und bei Angriffen auf Polizisten. Auch Straftaten gegen das Eigentum könnten zur Abschiebung führen, wenn sie unter Anwendung von Gewalt oder von Serientätern verübt werden.

Unbescholtene Flüchtlinge schützen

Das ist auch notwendig, um die überwältigende Mehrzahl der unbescholtenen Flüchtlinge in Deutschland zu schützen. Diese haben es nicht verdient, mit Kriminellen in einen Topf geworfen zu werden. Ein Gesetzesentwurf für ein strengeres Sexualrecht befindet sich derzeit in der Abstimmung mit den Bundesländern. Es sieht vor, dass künftig sexuelle Übergriffe auch ohne ein gewaltsames Vorgehen des Täters als Vergewaltigung strafbar sein sollen.

Der Deutsche Bundestag diskutierte am 13. Januar 2016 im Plenum über die Ereignisse. Bei der Debatte wurde auch deutlich, dass Strafgesetze allein keine vollständige Problemlösung bedeuten. So betonte Bundesinnenminister Thomas de Maizière: „Wir brauchen für solche Ereignisse vorbeugende Aufklärung auch in Erst-

aufnahmeeinrichtungen. Wir brauchen Präsenz der Polizei auf der Straße, gute Ermittlungsergebnisse, schnelle Justiz.“ Auch wurde in der Debatte die Herausforderung der Integration fraktionsübergreifend betont. Der Bundesvorstand der CDU hatte bereits auf seiner Klausurtagung am 08./09. Januar 2016 im Rahmen seiner „Mainzer Erklärung“ festgehalten, dass konkrete Maßnahmen zur Integration notwendig sind, um die gesellschaftliche Akzeptanz auch in Zukunft zu erhalten. Die CDU strebt daher eine „Verabschiedung von Gesetzen des Bundes und der Länder an, in denen der Abschluss von verbindlichen Integrationsvereinbarungen, die gegenseitigen Rechte und Pflichten von Staat und Migrant in verständlicher Form festgelegt und vermittelt werden und der Integrationsprozess vorgezeichnet wird (Integrationspflichtgesetz).“ Weiter heißt es darin: „Wichtig ist, dass der Integrationsprozess für beide Seiten verpflichtend eingehalten wird. Wer sich dem dauerhaft verschließt, muss mit Nachteilen, zum Beispiel Leistungskürzungen, rechnen.“

Verbesserung des Datenaustausches

Darüber hinaus sprachen sich Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Kanzleramtschef Peter Altmaier für eine Wohnsitzauflage aus. Einen Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Datenaustauschverbesserungsgesetz) hatte das Bundeskabinett bereits Anfang Dezember beschlossen.

Diesen hat der Deutsche Bundestag am 14. Januar 2016 beraten und verabschiedet. Der Gesetzesentwurf zielt darauf ab, Asyl- und Schutzsuchende sowie Personen, die unerlaubt nach Deutschland einreisen oder sich unerlaubt aufhalten, früher als bisher zu registrieren sowie die in diesem Zusammenhang erfassten Informationen den berechtigten öffentlichen Stellen im Rahmen der erforderlichen Aufgabenerfüllung medienbruchfrei zur Verfügung zu stellen. Zur besseren Identifizierung der Asylsuchenden erhalten diese künftig eine mit fälschungssicheren Elementen ausgestaltete Bescheinigung. Dieser sog. Ankunfts nachweis ist auch die Voraussetzung für den Bezug von Leistungen.

(Rudolf Henke MdB)

CDU-Kompakt ist die parteiinterne Mitgliederinformation des CDU Kreisverbandes Aachen

Anschrift: Martinstraße 8
52062 Aachen

Telefon: 0241 / 470 7110

Fax: 0241 / 470 7115

E-Mail: redaktion@cdu-aachen.de

Internet: www.cdu-aachen.de

Layout: Stefan Dussin

V. i. S. d. P.: Ulla Thönnissen MdL

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Bankverbindung der CDU Aachen:

Sparkasse Aachen

IBAN: DE21 3905 0000 0000 1241 72

BIC: AACSD33XXX